Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 273 — Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,02 außer Postgeld.

Morgen-Ausgabe
Freitag, 31. Mai

Anzeigenpreis: Bieteige je Zeile 25 Pfg., Gelegenheitsanzeigen 20 Pfg. + 10% Aufschlag. Auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. — Rabatt nach Tarif.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf 7801, 5608—5610.
Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290.
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Im Anmarsch auf die Marne

Anhaltender Kampf im Tonale-Gebiet — Feindliche Angriffe gescheitert — Generaloberst von Linsingen Nachfolger des verstorbenen Generaloberst von Kessel — Englischer Truppentransportdampfer versenkt

Die Kämpfe im Westen

Berlin, 30. Mai. In Flandern richtete der Feind lebhafte Feuerüberfälle auf das Kemmelgebiet. Vom Nieuport Wald bis Lens hielt ebenfalls gesteigerte Feuertätigkeit an. Am Abend nahm das Artilleriefeuer auf der ganzen Front zu und blieb auch zeitweise die Nacht hindurch äußerst lebhaft. An zahlreichen Frontstellen wurden feindliche Patrouillenversuche blutig abgewiesen und Gefangene gemacht. Die eigene Artillerie führte erfolgreich ihr Wirkungsschießen durch. In Douai fielen wiederum friedliche Bewohner dem feindlichen Bombenabwurf zum Opfer.

Auch an der Front von Montdidier steigerte sich die Feuertätigkeit besonders in der Gegend von Cantigny. Feindliche Bereitstellungen wurden durch unser Vernichtungsfeuer zerschlagen. Mehrere Munitionsdepots des Gegners wurden in Brand geschossen.

Zwischen Maas und Mosel drangen unsere Patrouillen stellweise bis zur vierten Linie in die feindlichen Stellungen ein, fügten dem Gegner erhebliche Verluste zu und kehrten mit Gefangenen zurück.

*

Berlin, 30. Mai. Sofort nach Einsetzen des deutschen Trommelfeuers gab überall die englische Infanterie Leuchtzeichen und zwar für „Gas", außerdem die drei Buchstaben S. O. S. Niemand wußte zunächst, was diese Zeichen bedeuten sollten. Erst bestätigte englische Anweisungen gaben den Deutschen den Aufschluß über die Buchstaben S. O. S. Save our souls (Rettet unsere Seelen). Darauf hätte sofort das feindliche Sperrfeuer einsetzen müssen, das jedoch immer mehr und mehr verstummte. Von allen Seiten melden zur Zeit die Beobachter zahlreiche Explosionen in den feindlichen Artilleriestellungen. Die Besichtigung der genommenen Stellungen ergab eine bisher unerreichte Menge von Volltreffern. In einer Batteriestellung liegen von acht Geschützen fünf zerschossen in ihren Geschützständen. Zwei weitere Batterien wurden unter den zusammengestürzten Deckungen begraben. Die Beute an Geschützen ist noch nicht zu übersehen. In einigen Rohren stecken noch die Geschosse. Munition liegt in großen Mengen um die Geschütze herum.

Der Kaiser an den Kronprinzen

Hohe Ordensauszeichnung

Berlin, 30. Mai. (Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser sandte an den Kronprinzen folgende Drahtung:

Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen, General der Infanterie und Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Angesichts der großen Erfolge, welche die tapferen und kampferprobten Truppen der Dir unterstellten Heeresgruppe in diesen Tagen unter Deiner Führung errungen haben, verleihe Ich Dir den Stern der Großkomture des königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Schwertern und spreche Dir zu dieser hohen und wohlverdienten Auszeichnung Meine herzlichsten Wünsche aus. gez. Wilhelm I. R.

Pariser Trost

Clémenceaus Ansicht

Bern, 30. Mai. „Echo de Paris" berichtet, daß Clémenceau gestern in den Wandelgängen der Kammer den Deputierten Einzelheiten über die Aisne-Schlacht gegeben habe. Er betrachte die Schlacht als Diversion, nicht als Hauptangriff.

Die Pariser Zeitungen befassen sich beinahe ausschließlich mit der Schlacht und geben die Erfolge der Deutschen zu. Anfangserfolge, durch die man sich nicht verleiten lassen darf, die Reserven zu zersplittern, seien unvermeidlich. Reims und Soissons seien bis zur Wiederherstellung der Lage gefährdet. Die Deutschen hätten die französische Front in der Nähe der Hauptstadt eingebeult. Man dürfe sich aber nicht alarmieren lassen. Die Schlacht sei ja schließlich nicht durch den ersten Tag entschieden. „Journal de Peuple" sieht die Lage wesentlich nüchterner an und nennt sie ernst. Bald werde man sehen, ob das Eingreifen von Reserven den Feind aufhalten könne. Man hoffe es immerhin. Würden die französischen Linien infolge der Ausbuchtung des deutschen Vorstoßes berichtigt werden müssen, so sei dies schmerzlich, aber durch elementarste Vorsicht geboten. Dörfer und sogar Städte haben jetzt keinen großen Wert mehr.

Englischer Truppentransportdampfer torpediert

London, 30. Mai. Die Admiralität meldet: Der Transportdampfer „Leasowbeagle", 9737 Tonnen, ist im Mittelmeer am 26. Mai durch ein feindliches Unterseeboot torpediert worden und gesunken. Neun Angestellte der Gesellschaft werden vermißt. Man nimmt an, daß sie ertrunken sind einschließlich des Kapitäns und zwei Funkentelegraphisten. Weiter werden 13 Militärs im Offiziersrang und 79 anderer Grade vermißt.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 30. Mai, abends. (Amtlich.) Südlich von Fere-en-Tardenois nähern wir uns kämpfend der Marne.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 30. Mai. Amtlich wird verlautbart:

Die Kämpfe im Tonale-Gebiet dauern an. Auch im Adamello-Gebiet steigerte sich das feindliche Artilleriefeuer. Mehrere feindliche Angriffe auf unsere Stellungen südlich des Prosena-Gletschers wurden abgeschlagen. Ein feindlicher Erkundungsversuch über die Piave nördlich St. Dona mißlang.

Der Chef des Generalstabes.

General von Linsingen Oberbefehlshaber in den Marken

Berlin, 30. Mai. Se. Majestät der Kaiser und König haben den Generaloberst von Linsingen, bisher Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Linsingen, mit dem 1. Juni d. J. für die fernere Dauer des Krieges zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt.

*

General von Linsingen ist einer der bekanntesten Heerführer dieses Krieges. Zunächst führte er sein Armeekorps in Frankreich. Als dann im Winter 1914/15 deutsche Truppen, die deutsche Südarmee, den Oesterreichern in den Karpathen zu Hilfe geschickt wurden, wurde Linsingen mit ihrer Führung beauftragt. Er nahm so ruhmvollen Anteil an der Verteidigung der Karpathen und später an der Rückeroberung von Galizien. In der sich dann entwickelnden langen Ostfront war später die Armee Linsingens, der inzwischen Generaloberst geworden war, ein fester Pfeiler in dem österreichischen Teil der Front. Die Zurückdrängung der russischen Offensive im Sommer 1916 ist vor allem Linsingens Verdienst gewesen.

Das bayerische Königspaar unterwegs nach Wien

München, 30. Mai. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der König und die Königin sind heute abend in Erwiderung des Besuches des Kaisers und der Kaiserin von Oesterreich nach Wien abgereist. Im Gefolge Ihrer Majestäten befindet sich auch der Staatsminister des Königlichen Hauses und des Aeußern von Dandl. Außerdem sind Ihre Majestäten von dem österreichischen Gesandten am bayerischen Hofe Botschafter Grafen von Thurn-Valsassina begleitet. Von Wien begeben sich Ihre Majestäten zu kurzem Aufenthalt nach Sarvar.

Die großrussischen Friedensverhandlungen mit der Ukraine

Kiew, 30. Mai. Die öffentlichen großrussischen Friedensverhandlungen sind noch nicht wieder aufgenommen worden, da die Kommissionsverhandlungen wegen der Demarkationslinie noch nicht abgeschlossen sind.

„Kiewskaja Mysl" veröffentlicht ein Protest-Telegramm Tschitscherins an Joffe wegen der bedeutenden Grenzverschiebung an der Donfront nach Osten, desgleichen wegen der Garantie, welche die deutsche Regierung für die Unantastbarkeit der russischen Delegation während ihres Aufenthalts in Kiew und auf der Hin- und Rückreise übernommen habe.

Errichtung einer Reichswanderungsstelle

Zur Unterbringung der deutschen Rückwanderer aus dem Osten

Berlin, 30. Mai. Nach Abschluß der Friedensverträge mit der Ukraine, Groß-Rußland, Finnland und Rumänien hat ein erheblicher Zustrom von Reichsdeutschen und Deutschrussen eingesetzt, die unter Aufgabe ihres bisherigen Wohnortes im Auslande ihre dauernde Niederlassung in Deutschland oder in unter deutschem Schutz stehenden Staatsgebieten nehmen. Nach dem Eintritt des Friedenszustandes mit den anderen feindlichen Staaten ist eine weitere Rückwanderung von Deutschen und deutschstämmigen Ausländern zu erwarten. Diese für den Wiederaufbau unserer Volkskraft, Wehrkraft und Nährkraft wertvolle Wanderungsbewegung bedarf zur Vermeidung von wirtschaftlichen Schäden und Mißerfolgen einer organischen Regelung, ebenso wie etwa später wieder eintretende Auswanderungsbestrebungen. Für diese Arbeit ist eine Reichszentralstelle unter dem Reichsamt des Innern mit dem Namen „Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung" geschaffen worden. Ihr wird ein sachkundiger Beirat beigegeben. Zum Vorsitzenden ist der Geheime Oberregierungsrat und vortragende Rat im Reichsamt des Innern Dr. Jung ernannt. Die Geschäftsräume der neuen Behörde befinden sich Berlin, Siemens-Straße 27/28 in Charlottenburg.

Steuersorgen

Von Friedrich Künzel

Wenn die sogenannten Mehrheitsparteien im Reichstage, Zentrum und Sozialdemokratie im Gegensatz zu den verbündeten Regierungen geglaubt haben, schon jetzt eine schärfere Heranziehung von Besitz und Einkommen in die Wege leiten zu sollen, als sie durch die nicht gerade übermäßig harten Zugriffe des Reichsschatzsekretärs auf diesem Gebiete durch die neuen Steuervorlagen erfolgt, so sind dafür zweifellos in erster Linie politische Gründe maßgebend. Auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung macht sich ähnlich wie bei der sozialpolitischen Gesetzgebung, bei einer Reihe von Parteien seit langem eine Art Wettlaufen um die Gunst der großen Masse bemerkbar, das sich zwar schämig hinter dem Feigenblatt der „steuerlichen Gerechtigkeit" zu verstecken sucht, aber doch deutlich genug in die Erscheinung tritt, um von tiefer Blickenden erkannt zu werden. Wir wollen diese „steuerliche Gerechtigkeit" an sich gewiß nicht diskreditieren, aber es ist doch auch Tatsache, daß sie ebenso wie die schönen Worte von „der Schonung der schwachen Schultern", von der „Entlastung der Besitzlosen" usw. häufig genug schon mißbraucht worden ist. Wir fürchten, daß auch diesmal das Drängen nach einer sofortigen Besitzsteuer nicht ganz frei ist von dem Schielen nach dem Beifall der Masse, und daß die Rücksicht auf den Mandatsbesitz dabei nicht ohne Einfluß geblieben ist. Die Art und Weise, wie die Mehrheitsparteien den verbündeten Regierungen mit ihrem Besitzsteuer-Gesetzentwurf zu den aus den übrigen — keineswegs beseitigten — Steuervorlagen erwarteten Erträgen noch eine erkleckliche Summe gewissermaßen auf dem Präsentierteller zur Verfügung stellen — man errechnet aus der beantragten Steuer vom Vermögen und Einkommen rund 1200 Millionen Mark —, läßt schließlich auch der Vermutung Raum, daß man dadurch der Reichsregierung einen Verzicht auf eine Kriegsentschädigung, den wir jetzt auch Rumänien gegenüber betätigt haben, erleichtern möchte.

Abgesehen von den Mängeln, die dem Antrag der Mehrheitsparteien anhaften, und die ihn zum mindesten als steuertechnisch bedenklich erscheinen lassen, haben die bis jetzt über ihn im Hauptausschuß des Reichstages geführten Verhandlungen nur dazu beitragen können, die grundsätzlichen Einwendungen, die gegen eine voreilige Ausbeutung der Besitzsteuer sprechen, zu erhöhen. So ohne weiteres kann man unmöglich über die Bedenken hinweggehen, die vom Reichsschatzsekretär wie von den Finanzministern der drei größten Bundesstaaten gegen den Mehrheitsvorschlag erhoben worden sind. Es kann nicht bestritten werden, daß eine Besitzsteuer in der Fassung, wie sie der Antrag der Mehrheitsparteien bringt, die nach dem Kriege notwendige endgültige Begrenzung der Finanzwirtschaft des Reiches und der Einzelstaaten irritiert und erschwert, da der Antrag unzweifelhaft in das der Finanzhoheit der Bundesstaaten bisher überlassene Steuergebiet eingreift, zumal, wenn auch vorerst nur „einmalige Abgaben" vorgesehen sind, doch die bleibende Steuer im Hintergrunde steht. Auch die Frage der Erbschaftsbesteuerung läßt sich bei Verfolgung des Antrages nicht ausschalten. Schon heute den ganzen Komplex der Fragen und Streitfragen, die dabei in Betracht kommen, zu regeln, dürfte kaum angehen. Das Drängen danach ist nur verständlich vom Standpunkt derer aus, welche die Finanznot des Reiches benutzen möchten, um unter allen Umständen eine dauernde direkte Reichssteuer sich schon jetzt zu sichern. Eine solche Beeinträchtigung der bisherigen Steuerquellen der Einzelstaaten und Kommunen muß um so bedenklicher erscheinen, als es für durchaus sicher gelten muß, daß auch die einzelnen Bundesstaaten wie die Gemeinden nach dem Kriege ihre Finanzkräfte auf das äußerste werden anspannen müssen, um den ihnen obliegenden Kulturaufgaben gerecht zu werden. Der preußische Finanzminister hat die Schwierigkeiten, die in dieser Beziehung drohen, ganz offen dargelegt. Der bayerische wie der sächsische Finanzminister haben das Gewicht seiner Bedenken noch wesentlich verstärkt. Mit der Behauptung, daß die Finanzminister der Einzelstaaten lediglich für ihre Staatssäckel sorgten und dem Reiche die Hilfe versagten, die es notwendig habe, lassen sich die Einwendungen von dieser Seite nicht beseitigen. Der sächsische Finanzminister von Seydewitz hat im Reichstagsausschuß für seine Regierung sehr entschieden betont, daß sie bereit sei, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist, daß aber auch die Lebensnotwendigkeiten der Bundesstaaten berücksichtigt werden müßten. In Sachsen z. B. gehe jetzt fast ein Drittel alles Einkommens in Steuern auf. Daß dieses Verhältnis sich nach dem Kriege noch erheblich verschlechtern wird, liegt auf der Hand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191805311-18/fragment/page=0001

In einem Punkte aber zeigte sich in den Verhandlungen des Ausschusses allseitige Uebereinstimmung: in dem Wunsche, das Mehreinkommen und Mehrvermögen, das aus Kriegsgewinnen resultiert, scharf zu erfassen. Der Reichsschatzsekretär hat diesem Wunsche bekanntlich schon mit seiner Ankündigung eines entsprechenden Gesetzentwurfes für den Herbst zugestimmt, und von konservativer Seite ist ein Antrag eingebracht worden, der allen Forderungen gerecht wird und die tatsächlichen Kriegsgewinne mit rückwirkender Kraft auf das Schärfste erfaßt.

„Deutschlands Gewaltpolitik"

Das Wort des Präsidenten Wilson in seiner letzten Rede: „Ich könnte nicht stolz sein, für selbstsüchtige Zwecke zu kämpfen, aber ich könnte stolz sein, für die Menschheit zu kämpfen" hat Anspruch darauf, in der Weltgeschichte fortzuleben als denkwürdigster Ausdruck der eisenstirnigen politischen Verlogenheit der Angelsachsen, die die Engländer selbst zugeben mit dem alten Wort, ein Gesandter sei „an honest man sent abroad to lie for his country". Die von hemmungslosester Profitgier und Angst um die der Entente vorgeschossenen Milliarden diktierte Vergewaltigung Amerikas am Kriege konnte keine angelsächsischere Begründung finden, als Präsident Wilson ihr gegeben hat.

Auf derselben Stufe edelster Weltbeglückungsheuchelei steht, was Wilson über Deutschlands räuberische Welteroberungspläne zu sagen weiß. Man vergißt darüber fast, daß Amerika in den Krieg eingetreten ist zum Schutze der größten auf Eroberung gegründeten Weltmacht, die die Geschichte kennt, Englands, und daß Amerika selbst unter der Flagge der Freiheit der Völker und der politischen Selbstlosigkeit Amerikas ein Weltbeherrschungsunternehmen gegen dieses englische Weltreich begründet, indem es sich durch die Besetzung der Azoren Europa gegenüber eine Stellung schafft, wie es sie Ostasien gegenüber durch die Besetzung der Philippinen — deren Räumung es mit den heiligsten Eiden versprochen hat — bereits sein Eigen nennt. Zur Kennzeichnung der deutschen Herrschsucht benutzt Wilson auf Deutschlands Verhalten in Rußland, Finnland, der Ukraine und Rumänien.

Es ist richtig, daß Großrußland mit dem Frieden von Brest-Litowsk nicht sehr zufrieden ist — aber ist er nicht völlig nach den gerade von der Sowjet-Regierung aufgestellten Grundsätzen des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker „bis zur Lossagung von Rußland" geschlossen worden? Ist es Deutschlands Schuld, wenn die Bolschewiki ihre politische Angelsachsenkraft überschätzt haben und die Mandschuvölker, vor die freie Entscheidung gestellt, eine Anlehnung an Deutschland dem russischen Mutterreich vorziehen? und ist Deutschland, das seit Jahren zu baldigem Frieden bereit war, daran schuld, daß in Rußland diese Rußland zur Machtlosigkeit verurteilende Zustände entstanden sind — oder nicht vielmehr die Entente, in erster Linie England, das, um Rußland in die Hände zu bekommen, zunächst den Geist des Umsturzes gegen das Zaarentum großgezogen und dann den todeswunden Koloß zu immer neuen Anstürmen gegen die ohnene Mauer der deutschen Front aufpeitschte?

Die Ukraine ist durch den deutschen Waffenschutz frei geworden. Der beste Beweis dafür ist das Wiedererstehen einer ukrainischen Regierung, von der dort, so lange Großrußland die Ukraine schwang, keine Rede war. Das ist auch von verantwortlicher Seite, so besonders von dem gegenwärtigen Hetman, der früher russischer General war, zugestanden worden. Deutschland hat keine Neigung, sich in die inneren Verhältnisse der Ukraine einzumischen, wenngleich es darauf bestehen muß, daß die Ukraine ihre Vertragspflichtungen erfüllt.

Die Rumänien bei dem Frieden mit Deutschland abgeschnitten hat — obwohl gerade Rumänien auf kein besonderes Entgegenkommen rechnen durfte — hat der rumänische Ministerpräsident Marghiloman am 20. Mai auf einem ihm zu Ehren von General Grosscurt gegebenen Festmahl mit den Worten ausgesprochen, daß Rumänien „ohne Unterstützung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands nicht um 3 Millionen Menschen und 45 000 Geviert-Kilometer reicher geworden wäre", und zwar nicht durch die Vergewaltigung anderer Völker, sondern durch die Wertvollmachung der Grundschätze, die die Entente stets im Munde führt. Wo kann die Entente auf ähnliche Erfolge hinweisen, nicht gegenüber Völkern, die sie im Kriege besiegt hat, wie Deutschland Rumänien, sondern gegenüber Völkern, die im Vertrauen auf Zusicherungen ihr Geschick mit dem der Entente verbunden haben? Am lächerlichsten aber ist der Hinweis auf Finnland, das unter der russischen Herrschaft einen Leidensweg zurückzulegen hat, der zwar in die Leidensgeschichte Irlands nicht heranreicht, aber doch in mancher Hinsicht nahekommt. Wenn irgendwo, so ist hier jenes Wort Wilsons, das in seinem Munde wie eine Lästerung klingt, verwirklicht worden, aber nicht von England oder Amerika, sondern von Deutschland. Das Lob, das Wilson sich in diesen Worten selber spendet, ist wie jedes Selbstlob unrichtig. Daß Deutschland dagegen die Forderungen erfüllte, die Wilson so keck für Amerika in Anspruch nimmt, bestätigt ihm nicht Graf Hertling oder ein anderer führender Mann Deutschlands, sondern das besitzlose Deutschland frei aus dem Herzen kommende Worte „führender Männer Finnlands", dessen Freiheit Deutschland nach den Worten Wilsons so gerade zu Boden getreten haben soll.

Engländer im Kaukasus?

Kiew, 25. Mai. Die Kiewer Zeitung „Poslednije Nowosti" berichtet: Aus Baku kommt die Nachricht, daß vor drei Wochen englische Truppen in Lastauto's aus Mesopotamien den Kaukasus betreten haben. Die starke Avantgarde sucht Verbindung mit der Kornilowabteilung. Die Halbinsel Abscheron und Baku sind von den Engländern besetzt. Das Vorgehen geschieht in Richtung Tiflis—Alexandropol—Sarikamisch—Kars—Erzerum. Die Bewegung ist nur gegen die Türken gerichtet.

Dernburgs ukrainische Mission beendet

Berlin, 30. Mai. Der Staatssekretär a. D. Dernburg, der als Leiter der nach dem Friedensschluß mit der Ukraine für den Handelsverkehr von Staat zu Staat geschaffenen Außenhandelsstelle diese schwierigen wechselvollen Fragen bearbeitet hat, ist vom Reichskanzler auf seinen Antrag von dem ehrenamtlichen Posten entbunden worden. Der Reichskanzler hat bei dieser Gelegenheit an Exzellenz Dernburg ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen aufrichtigen Dank ausspricht für die selbstlose Hingabe, mit der der Staatssekretär seine bewährte Kraft zur Verfügung gestellt und für die Umsicht, die er gegenüber der wechselnden Entwicklung der Verhältnisse bewiesen habe. Seine tatkräftige Mitarbeit bei der Einleitung und dem Ausbau der Ausfuhr nach dem Osten sei für die Reichsverwaltung von ganz besonderem Wert gewesen.

Zur Einweihung der Fürst Leopold-Akademie

Detmold, 30. Mai. Unter den zahlreichen an den Fürsten Leopold zur Lippe anläßlich der Einweihung der Fürst Leopold-Akademie gesandten Glückwunschtelegramme befinden sich auch Telegramme vom Deutschen Kaiser und vom Kaiser Karl.

Dänemark und die englischen Rohstoffe

Peinliche Anfrage an Lord Cecil

Kopenhagen, 30. Mai. „Nationaltidende" meldet: Da die Frage der Zufuhren von den Westmächten für Dänemark von besonderer Bedeutung ist und da die Lage nach den bisherigen Meldungen etwas unklar erscheint, richtete Professor Birk, der bei dem vorjährigen Englandbesuche mit dem Blockademinister Lord Cecil verhandelte, auf Ersuchen der „Nationaltidende" an Lord Cecil folgende Anfrage:

„In der dänischen Presse wird hervorgehoben, daß die Ententemächte nur Ausfuhrerlaubnis für Luxuswaren erteilt haben sollen, und es wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Ausfuhrerlaubnis auch auf verschiedene unentbehrliche Rohstoffe, wie zum Beispiel Wolle und Baumwolle ausgedehnt werden möge, die bereits von dänischen Firmen angekauft sind. Ich bitte Sie um Aufklärung darüber, ob diese Hoffnung begründet ist. Durch die hiesige englische Gesandtschaft ist heute die Antwort eingegangen, in der erklärt wird, daß die englische Regierung nicht in der Lage sei, die Hoffnung zu geben, daß eine Ausfuhr-Erleichterung auf gewisse Rohstoffe, wie Wolle und Baumwolle, ausgedehnt werde, bevor nicht eine allgemeine Regelung mit der amerikanischen Regierung zustande gekommen ist."

Das Schiffsraumabkommen zwischen Schweden und der Entente

Stockholm, 30. Mai. (Svenska Telegrambyrån.) Amtlich. Ein Telegramm des Gesandten in London an das Auswärtige Amt meldet: Das Schiffsraumabkommen zwischen Schweden und der Entente ist unterzeichnet worden.

Die Beschießung von Paris

Bern, 30. Mai. Ueber die Beschießung von Paris darf die Presse nichts mehr bekanntgeben, selbst kurze Berichte ohne Angabe von Namen und ohne die Zahl der Opfer dürfen nicht mehr veröffentlicht werden. Eine amtliche Note an die Presse besagt, der Feind dürfe nicht den geringsten Anhaltspunkt erhalten, um sein Feuer regeln zu können. Deshalb sei verboten, Einzelheiten zu veröffentlichen.

Der französische Bericht über die Räumung von Soissons

Französischer Bericht vom 29. Mai, abends. Die Schlacht nahm besondere Heftigkeit an. Auf unserem linken Flügel in der Richtung von Soissons haben unsere Truppen nach erbittertem Widerstand und Straßenkämpfen, die die Anstrengungen des Feindes während mehrerer Stunden auffielen, die Stadt geräumt, von welcher sie noch die Westvorgänge besetzt hatten. Im Süden und Osten von Soissons hielte sich die Schlacht auf den Hochflächen ab, welche von Belleu, Sept-Monts, Aubrief und Chacrise begrenzt werden, während wir unter dem Eindruck des Feindes in der Gegend von Louveigne im Norden von Hers-en-Tardenois Boden verloren. Weiter östlich gelang es französisch-englischen Kräften, ihre Stellungen in der Linie Brouillet, Savigny und Tilloy zu behaupten. Auf dem rechten Flügel wurden die Truppen, die Reims decken, hinter den Aisne-Kanal nordwestlich von der Stadt zurückgenommen.

Schwedische Stimmen

Stockholm, 29. Mai. Die schwedische Presse bespricht eingehend den deutschen Vorstoß über die Aisne. So schreibt „Svenska Dagbladet": Wie ein Donnerschlag ist die neue deutsche Offensive auf einer Front losgebrochen, die allerdings an und für sich immer eine der für die Deutschen einladendsten gewesen ist, auf der es aber während der letzten Zeit ganz still war. Daß die Deutschen nichts sagten, ist ganz natürlich, daß aber keine einzige Stimme aus dem Ententelager ein warnendes Wort erhob, scheint darauf zu deuten, daß es den Deutschen wieder geglückt ist, mit einer nahezu vollkommenen Ueberraschung vorzubrechen. Daß der Angriff an der Aisne nicht nur eine Demonstration ist, dürfte sicher sein. Seine große Kraft und sein Umfang machen ihn zu einem wichtigen Teil der Hauptoffensive, wo und wann diese nun eintreten mag.

„Dagens Nyheter" führen aus: Die Stellungen vor Chemin des Dames lagen so, daß der deutsche Angriff fast wie eine Umdrehung aller strategischen Begriffe wirkt. Die feindliche Stellung war eine ausgezeichnete Angriffsstellung. Der Chemin des Dames war das Sprungbrett nach Laon. Die durchweg hoher liegenden deutschen Stellungen waren schwer zu verteidigen. Unter solchen Umständen in zwei Tagen ungefähr 20 Kilometer vorzudringen und zwar gegenüber einem kriegsgewohnten Gegner in stark ausgebauten mit Artillerie und Maschinengewehren gespickten Verteidigungsstellungen ist zweifellos eine Kraftleistung ersten Ranges. Das Ueberraschungsmoment dürfte das Geheimnis des Erfolges sein, ohne welche die Tapferkeit die Truppen nur zu nutzlosen Opfern führt. Dieser Umstand bewirkt, daß man zweifellos gegenüber dem ständig wiederholten Anspruch der Alliierten auf Ueberlegenheit im Luftkampf sich etwas skeptisch verhalten muß. Vielleicht bestand eine solche in Bezug auf die Anzahl der Maschinen aber offenbar nicht, was Tüchtigkeit in deren Anwendung anbelangt.

Oberst Repingtons Urteil

Rotterdam, 29. Mai. Wie „Nieuwe Rotterdamsche Cour." aus London erfährt, schreibt Oberst Repington über die Offensive: Es besteht keine Ursache, anderer Meinung zu sein als die „Times", die erklärt, daß der Angriff ziemlich unerwartet kam, oder als der „Daily Chronicle", der sagt, daß einige niedergekämpfte englische Divisionen nach dieser bisher ruhigen Front geschickt worden seien. Die letztere Vermutung wird durch die Nennung der englischen Divisionen durch Haig bestätigt. Oberst Repington erklärt weiter, daß die Deutschen es in der Kunst, ihre Pläne geheim zu halten, sehr weit gebracht haben. Der von ihnen errungene Erfolg läßt sich nicht wegleugnen. Aber solche Erfolge sind allen Armeen möglich, die den unschätzbaren Vorteil der Initiative auf ihrer Seite haben, und diese Initiative wieder ist die Folge der erzielten Erfolge oder der besseren Führung oder beider Faktoren. Drei Jahre lang besaßen wir in Frankreich die Initiative. Wir haben sie, teils aus Ursachen, die außerhalb unserer Macht liegen, teils aus anderen Gründen verloren. Die Aufgabe, die Foch gestellt wurde, war deshalb von Anfang an schwer, und er verdient unsere volle Unterstützung und unser volles Vertrauen. Die neue Schlacht an der Aisne ist die größte Operation, die der Feind gegen uns unternommen hat, seit Foch zum Oberbefehlshaber ernannt wurde. Wenn es den Deutschen gelingt, südlich der Aisne Fuß zu fassen, wird die Front, an der die große Schlacht sich abspielt, dadurch verlängert werden. Ob dies an den Plänen, die man dem Feinde zugeschrieben, etwas ändern wird, ist eine Frage, die nicht beantwortet werden kann, ehe wir die Stärke der an der Aisnefront vermuteten Truppen kennen. Aber der Verlust der Anhöhen an der Aisne und Flußlinie ist, wenn er bestätigt wird, eine ernste Sache, und wir müssen nun hoffen, daß Foch durch energisches Vorgehen zu dem von ihm richtig gehaltenen Zeitpunkt die Lage wieder korrigieren wird.

Die Entente und Japan

Die europäischen Mitglieder des Vielverbandes und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben von jeher Japan als einen unsicheren Kantonisten betrachtet, von dem sie vermuteten, daß er den Weltkrieg nur als eine Gelegenheit ansehe, seine Vorteile und Pläne im fernen Osten zu fördern, auch auf Kosten seiner Verbündeten. Namentlich in den Vereinigten Staaten begegnete man den Japanern mit unverhohlenem Mißtrauen, das aus der alten Nebenbuhlerschaft der beiden Staaten vor allem in China herrührte, aber auch in der Ueberzeugung wurzelte, daß es zwischen ihnen über kurz oder lang zu einer Auseinandersetzung um die Vorherrschaft im Stillen Ozean und in Ostasien kommen müsse. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege und ihre großen Rüstungen sind nicht zuletzt in dem Bestreben begründet, sich auf diese Auseinandersetzung vorzubereiten, und die fortgesetzte Weigerung Japans, sich mit einer stärkeren Truppenmasse auf dem europäischen Kriegsschauplatze zu betätigen, ist auf die Besorgnis vor einer Schwächung seiner militärischen Stärke zurückzuführen. Dieser stille, scharfe Gegensatz ist bei der seit längerer Zeit innerhalb des Vielverbandes erörterten Frage, ob man Japan die Zustimmung zu einem bewaffneten Eingreifen in Rußland geben solle oder nicht, schroff in die Erscheinung getreten. Japan wollte unter dem Vorwande, es sei notwendig, den Plänen der in Rußland weilenden, angeblich gut organisierten und bewaffneten deutschen Kriegsgefangenen, sich Sibiriens zu bemächtigen, einen Feldzug unternehmen, der ihm eine Gelegenheit geboten hätte, sich in Ostsibirien festzusetzen. Schon waren japanische Kriegsschiffe im Hafen von Wladiwostok erschienen. Man sprach bereits von Truppenlandungen. In Frankreich fand man sich damit ab, weil man hoffte, eine erneute Hineinziehung Rußlands in den Krieg, eine Teilnahme der Japaner auf den europäischen Kriegsschauplätzen erreichen zu können. England aber schien sein Verhalten ganz der Auffassung Amerikas anpassen zu wollen. Dieses aber erhob Widerspruch, wenn es auch der Form nach nur seine ausdrückliche Zustimmung verweigerte.

Seit Monaten gehen die Erörterungen hin und her. Inzwischen hat Japan sogar ein Bündnis mit China abgeschlossen. Während England und Frankreich sich alle Mühe gaben, den japanisch-chinesischen Vertrag als vorteilhaft für den Vielverband hinzustellen, hat man in Amerika den wahren Sinn des Vorgehens Japans erkannt. Jetzt kommt plötzlich aus Washington — wohlgemerkt aus Washington! — die Meldung, die Alliierten, d. h. England und Frankreich, hätten sich auf eine Politik des Nichteingreifens in Rußland geeinigt. Das ist eine augenscheinlich unter dem Drucke der Vereinigten Staaten und unter der Drohung einer Versagung der amerikanischen Hilfe zustande gekommene Absage an Japan, die bodurch kaum gemildert wird, daß man versichert, „für den Augenblick" solle kein Eingreifen in Rußland stattfinden. Die Hinzufügung, England und die Vereinigten Staaten hätten Japan mitgeteilt, daß ihr „neuer Kurs" nicht von einem Verdachte gegen Japan eingegeben sei, sondern daß es sich dabei nur um eine politische Frage handele, läßt die Bedeutung der Washingtoner Entschließung noch klarer erscheinen. Auch die Andeutung, daß man noch ein letztes Mal versuchen werde, Rußland wieder zu gewinnen — die Alliierten boten Rußland Zufuhren und Hilfe an — kann über den Sinn jenes Uebereinkommens nicht hinwegtäuschen. Japan wird diesen Sinn verstehen und seine Maßnahmen darnach treffen. Im fernen Osten bereitet sich eine Entscheidung vor, deren Ausgang auch für uns von großer Tragweite ist.

Die Arbeiter und die deutschen Kolonien

Von Christian Pfrank, Dozent am Orientalischen Seminar der Berliner Universität.

Deutschland ist seit dem Frankfurter Frieden, in dem kurzen Zeitraum von vierzehnfür Jahrzehnten, einer der ersten Industriestaaten der Welt geworden. Nach der letzten Berufszählung 1907 waren, gegen 1895, 35,8 v. H. nur noch 28,6 v. H. der Bevölkerung in der Landwirtschaft, dagegen 56,2 v. H. in der Industrie und im Handel beschäftigt, gegen 50,6 v. H. im Jahre 1895. Die deutsche Ausfuhr belief sich 1913 auf 10,9 Milliarden M. Hiervon entfielen 6,6 Milliarden M. auf fertige Waren, 2,8 Milliarden auf halbfertige Waren und Rohstoffe. Die Rohstoffeinfuhr Deutschlands, diese große Schlagader der deutschen Volkswirtschaft, erforderte 1913 eine Aufgabe von 6,24 Milliarden M. Damit war Deutschland fast ausschließlich auf die Staaten angewiesen, mit denen es heute im Kriege ist. Sie besaßen schon vor dem Kriege eine Art von Rohstoffmonopol, da sie zusammen zurzeit neun Zwanzigstel der Erdoberfläche und vor allem die wichtigsten Rohstoffgebiete beherrschten. Es gibt kaum eine deutsche Industrie, die nicht darauf angewiesen wäre, ihre Rohstoffe von dem heute feindlichen Auslande zu beziehen. Rohstoffe, aus denen Deutschland die fertigen Waren herstellte, mit denen es nicht nur seinen eigenen Bedarf deckte, sondern auch den Weltmarkt eroberte, und nahezu gemäß dem früher unumschränkten Herrn der Weltwirtschaft, England, eine immer fühlbarer werdende Konkurrenz machte. Das Bestreben Englands geht nun dahin, Deutschland, das militärisch nicht zu besiegen ist, als weltwirtschaftlichen Wettbewerber zu vernichten und in seiner ganzen Volkswirtschaft abhängig zu machen. Dieses Ziel zu erreichen, hat England sich sofort auf die deutschen Kolonien gestürzt, als der Quelle, aus der Deutschland zu schöpfen imstande wäre, wenn uns unsere Feinde nach dem Kriege ihre Rohstoffgebiete verschließen würden. Wollen die Millionen von deutschen Arbeitern nicht auf ihre wirtschaftliche Existenz und Freiheit verzichten, dann müssen wir nach dem Kriege eigene und große Kolonien haben, in denen wir nicht nur alles das erzeugen, was wir auf heimatlicher Scholle in Europa für unsere wirtschaftliches Bestehen nicht gewinnen können, sondern wo wir auch die Rohstoffe erhalten, die uns einen Mißbrauch auf dem Weltmarkt gestatten. Andernfalls wird die Verfügung über die Rohstoffe, deren unsere Industrie, und der Ernährungsmittel, deren unsere Landwirtschaft bedarf, unseren Feinden ein Mittel in die Hand geben, dem wir nicht gewachsen sind. Der Wohlstand, in dem unsere Arbeiter lebten, hat uns mißgünstige Neider geschaffen. Ist doch in keinem Lande der Erde die so zielsame Fürsorge so ausgebaut, der Mann der Arbeit in Not, Krankheit und Alter so geschützt, wie in Deutschland. Alles das hängt aber zusammen mit einer frei sich entwickelnden Wirtschaft, wie wir sie vor dem Kriege hatten. Und diese kann und nur durch eigene Kolonien gewährleistet werden. Das hat heute auch der weitaus größere Teil jener Kreise erkannt, die bis zum Kriege der ganzen Kolonialpolitik abweisend gegenüberstanden. Heute ist auch hier die Ueberzeugung durchgedrungen, daß ein dauernder Verlust der Kolonien am schwersten die deutschen Arbeiter treffen würde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191805311-18/fragment/page=0002

Skagerrak — ein Hammerschlag

Von Fregattenkapitän von Waldeyer-Hartz.

Zur Erinnerung an Nelsons drei große Siege — Abukir, Kopenhagen und Trafalgar — trägt die Mannschaft der britischen Flotte noch heute ein besonderes Uniformabzeichen: die drei weißen Streifen auf den blauen Seemannskragen. Wie manches andere, so ist auch diese Eigenart der Uniform von fremden Marinen übernommen worden, obwohl die innere Berechtigung hierfür fehlte. Die englischen Einrichtungen galten aber für die maritime Welt, was die preußischen für die Landheere bedeuteten, sie galten als ein Muster, das schlechterdings nicht übertroffen werden konnte und daher nur zur Nachahmung reizte.

Als Nelson bei Trafalgar seine Feuerseele aushauchte — die Sicherheit des Sieges über die Vereinigten französischen und spanischen Geschwader war ihm noch übermittelt worden —, da hatte sich in Wahrheit der Dreizack Neptuns zum Weltzepter in britischer Faust umgewandelt. Die Frucht jahrhundertelang währender Kriege um die Herrschaft auf den Weltmeeren hat die Hände des großen Admirals sterbend gepflückt und dem Vaterlande als letzten Gruß in den Schoß gelegt.

Ueber 100 Jahre hat Großbritannien diese Frucht gehegt und gepflegt und sich als treuer Sachwalter des gewaltigen Vermächtnisses erwiesen. Die Sorge, daß Deutschland den Besitz einmal streitig machen könnte, hat England den Weltkrieg schüren lassen und es dazu gebracht, sich mit allen Fibern und Fasern seiner Kraft in den Kampf zu stürzen. Das allein ist der wahre Grund, um dessentwillen England uns mit seinem Vernichtungswillen verfolgt, alles andere ist Phrase und Lüge. Großbritannien duldet auf See in gieriger Selbstsucht keine Götter neben sich. Mit Aufbietung aller Mittel versucht es, das Weltzepter, das geseegeboren ist und dort immer bleiben wird, fest in seinen Händen zu halten.

Vorm Skagerrak — da ist ein harter Schlag gegen das Weltzepter geführt worden. Schwer und kantig, wie der Name der Wahlstatt klingt, ist es getroffen worden, und sein Leuchten, das die Welt zu blenden suchte, hat von seinem Glanze ein gut Teil eingebüßt. Wer den Krieg in seine einzelnen Geschehnisse zerlegt, sie prüft, hin und her wendet, und von allen Seiten betrachtet, so recht nach deutscher Art, der Grübeln Genuß und Suchen nach übertriebener Objektivität des Urteils Befriedigung seiner Leidenschaft ist, der gerät unfehlbar auf Abwege und trübt sein Auge für das klare Erfassen der Dinge, wie sie in Wirklichkeit laufen. Die Ereignisse des Krieges sind ein Netzwerk, das sich nicht lösen läßt und dessen einzelne Maschen erst viel, viel später unter die Lupe kritischer Nachbetrachtung genommen werden sollten. In der Gegenwart — und ihr leben wir, solange der Krieg währt — heißt es, das Ganze zu erfassen. Nicht ein einziger Hammerschlag wird das Wahngebilde unserer Gegner, das Deutsche Reich besiegen zu können, in Trümmer legen. Solche Tat erfordert eine Reihe immer wiederholter Schläge. Je wuchtiger sie fallen, je fester sich die Faust ganz Deutschlands um den Hammerstiel ballt, nicht nur an der brennenden Front, sondern auch daheim hinterm sicheren Herd, desto eher muß das Riesenwerk gelingen, einer Welt von Feinden zum Trotz den hochgemuten deutschen Geist und den gesunden deutschen Willen durchzusetzen, uns zu Ehr', der Welt zum Heil!

Vorm Skagerrak ist ein Hammerschlag getan, der Englands Lebenswerk bis in seine Grundfesten erschüttert hat. Wir haben es in voller Deutlichkeit nicht wahrgenommen, wir konnten es, vom Gewoge der Kriegsnebel umbraut, nicht wahrhaben. Aber die Geschichte wird dereinst den bündigen Schluß ziehen. Viele von uns haben den großen deutschen Sieg auf dem Wasser gelassen hingenommen. Manche denken seiner kaum noch. Das sind die, die ernten wollen, ehe die Saat reifen kann. Man halte sich vor Augen: was ist vor Skagerrak geschehen? Es ist die gewaltigste Seeschlacht gewesen, die die Geschichte kennt, die gewaltigste an in den Kampf geführten Tonnenraum, an entfesselten Kräften und an Verlusten. Und England, das seit Nelsons Tod die Weltenmeere nahezu uneingeschränkt beherrscht, England, das über eine Flotte verfügt, dreimal so groß und so stark wie die deutsche, England, das am 31. Mai 1916 in radialem Anmarsch über die Nordsee mit Polvenarmen die deutschen Geschwader umklammern und auf den Grund des Meeres reißen wollte, England schließlich, dem die Vernichtungsschlacht als klar erfaßtes strategisches Dogma vor Augen stand, es hat sein Ziel nicht erreicht, nein, als geschlagen und aus schweren Wunden blutend, ist es von der Walstatt geschieden, von der Walstatt, auf der es für britischen Dünkel keinen Nebenbuhler gab.

Skagerrak ist ein Sieg deutscher Führung, deutscher Seemannschaft und Waffenkunde, deutscher Technik und kerndeutschen Mannesmuts gewesen, ein Sieg, der um so bedeutsamer wirkt, als er gegen mehr als doppelte Uebermacht errungen worden ist. Der Union Jack, der im Verlauf britischer, kaltherziger Eroberungsgeschichte über Hollands, Spaniens und Frankreichs Flaggen triumphiert hat, ist vorm Riesenkreuz und den schwarz-weiß-roten Farben erlegen. Das ist geschichtliche Tatsache, um die es kein Herumreden gibt.

Und die Nachwirkung sollte nicht fühlbar sein? Sie ist es ja! Es gilt nur, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich liegen. Wäre der Tag vor dem Skagerrak zu englischen Gunsten ein auf See übertragenes Tannenberg geworden, dann wäre nicht nur unsere Nordmark dem Feinde wehrlos überantwortet gewesen, auch Dänemarks und Hollands Neutralität wäre nach griechischem Muster vor der rücksichtslosen britischen Faust in Trümmer dahingesunken. Der Hammerschlag vorm Skagerrak hat solches abgewendet. Stärker denn je bindet unsere Hochseeflotte den Feind in seinen Heimathäfen, denn der Brite weiß seit dem 31. Mai 1916, daß er es auf dem Wasser mit einem Gegner zu tun hat, wie ihm seit Trafalgar und de Ruyters Zeiten noch keiner entgegengetreten ist.

Und die deutsche Flotte hat nur einen Wunsch: möge dem ersten Hammerschlag vorm Skagerrak bald ein zweiter, nicht minder wirksamer folgen. Dann sind wir dem Endsiege — wiederum ein gut Stück nähergerückt!

Kein Wahlkompromiß

Berlin, 30. Mai. Zu der vom Abg. Lohmann als unbegründet zurückgewiesenen Nachricht über ein angebliches Wahlkompromiß erklärt die „Kreuzztg." für die konservative Fraktion ebenfalls die Unrichtigkeit dieser Nachricht.

Arbeitszwang für landwirtschaftliche Arbeiter in Rumänien

Bukarest, 29. Mai. Das Regierungsorgan „Steagul" schreibt, daß Marghiloman in einem in Jassy abgehaltenen Ministerrat eine Reihe von Gesetzen in Vorschlag brachte, die auch angenommen wurden. Es sollen u. a. der Arbeitszwang für landwirtschaftliche Arbeiten eingeführt werden, da heute die Landwirtschaft das Haupteinkommen für Rettung und Wiederherstellung Rumäniens darstelle. Es wird eine Arbeits-Vermittlungsstelle ins Leben gerufen werden, die ermöglichen soll, rasch Arbeitskräfte zu finden und dahin zu dirigieren, wo die Erntearbeiten sie erfordern.

Der Leiter des Pressebüros in Kiew

Kiew, 30. Mai. Zum Leiter des Pressebüros beim Minister des Innern wurde der Schriftsteller Dourou ernannt.

Großer Brand in Moskau

Moskau, 30. Mai. Ein ungeheurer Brand in der Nähe des Bahnhofes der Eisenbahn Kasan-Moskau am 26. Mai erzeugte starke Explosionen von Artilleriemunition in vielen Dutzend Waggons. 35 Waggon mit brennbarem Sprengmaterial und Vorräten sind verbrannt. Dutzende von Menschen sind vermutlich umgekommen.

Aus Halle und Umgebung

Halle, 31. Mai.

Polizeiverordnung über die Wohnungsanmeldung

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265), der §§ 148 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) und des Artikels 6 § 1 des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 (G. S. S. 23 ff.) wird nach erfolgter Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Halle nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Jeder Eigentümer, Nießbraucher oder Nutznießer eines Gebäudes oder deren Vertreter ist verpflichtet, Wohnungen und gewerbliche Räume, die durch Kündigung, anderweitige Aufhebung eines Miet- oder sonstigen Vertragsverhältnisses oder auf andere Weise vermietbar geworden sind, sowie zum Vermieten bestimmte Wohnungen und gewerbliche Räume in Neubauten binnen drei Tagen nach der Kündigung, der Aufhebung des Vertragsverhältnisses oder nach dem Eintritt der Vermietbarkeit bei dem städtischen Wohnungsnachweise oder den Polizeirevieren mittels des vorgeschriebenen Vordrucks anzumelden. Die Anzeige darf nur dann unterbleiben, wenn die Räume dauernd außer Benutzung gesetzt werden.

§ 2. Die im § 1 genannten Personen sind verpflichtet, die erfolgte Vermietung einer Wohnung oder eines gewerblichen Raumes der im § 1 bezeichneten Art innerhalb drei Tagen nach Abschluß des Mietvertrages durch Ausfüllung des vorgeschriebenen Vordruckes bei dem städtischen Wohnungsnachweise oder den Polizeirevieren anzugeben. Diese Bestimmung findet entsprechende Anwendung, wenn eine der im § 1 erwähnten Personen eine unter die Bestimmung dieser Verordnung fallende Wohnung oder einen gewerblichen Raum für sich selbst oder ihr Angestellten (Verwalter, Pförtner usw.) in Benutzung zu nehmen beabsichtigt. Die Anzeige ist in diesem Falle spätestens bei Ingebrauchnahme zu erstatten.

§ 3. Die Vorschriften der §§ 1 und 2 finden auf einzelne Zimmer, gleichgültig ob möbliert oder unmöbliert, sowie auf Schlafstellen sinngemäße Anwendung. Die An- und Abmeldung liegt in diesen Fällen deren Vermietern ob. Die sonstigen bestehenden Vorschriften über das Schlafstellenwesen bleiben unberührt.

§ 4. Die verschiedenen gemäß §§ 1, 2 und 3 auszufüllenden Vordrucke zur An- und Abmeldung von Wohnungen, möblierten Zimmern, Schlafstellen und gewerblichen Räumen sind im städtischen Wohnungsnachweise und den Polizeirevieren erhältlich.

§ 5. Die Polizeiverordnung findet auf gemeinnützige Anstalten, Hotels, Gasthäuser, Fremdenheime und Herbergen keine Anwendung.

§ 6 Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 1—3 dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 M. an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle verhältnismäßige Haft tritt, bestraft.

§ 7. Die Polizeiverordnung tritt am 15. Mai 1918 in Kraft.

Halle, den 18. Mai 1918.

Die Polizeiverwaltung. Rive.

Städtischer Wohnungsnachweis

Unter Bezugnahme auf die vorstehende Polizeiverordnung machen wir auf folgendes aufmerksam:

Mit dem Tage des Inkrafttretens der Polizeiverordnung, dem 15. Mai 1918, ist der städtische Wohnungsnachweis eingerichtet worden. Nach der Polizeiverordnung sind die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter, die Vermieter von einzelnen Zimmern, gleichgültig ob sie möbliert oder unmöbliert sind, und von Schlafstellen verpflichtet, alle leerstehenden und frei werdenden Wohnungen, Geschäftsräume, Einzelzimmer und Schlafstellen binnen drei Tagen nach der Kündigung, Aufhebung des Vertragsverhältnisses oder dem Eintritt der Vermietbarkeit dem städtischen Wohnungsnachweis auf den vorgeschriebenen Vordrucken anzumelden und im Falle der Vermietung binnen drei Tagen nach Abschluß des Mietvertrages abzumelden. Die Vordrucke zu den Meldungen sind in den Polizeirevieren, im Geschäftszimmer des Wohnungsnachweises, Raiffeisenstraße 19, Erdgeschoß, Zimmer 50 und der Geschäftsstelle des Haus- und Grundbesitzer-Vereins, Barfüßerstraße 15, unentgeltlich zu haben. Die An- und Abmeldungen sind bei den Polizeirevieren oder dem städtischen Wohnungsnachweis einzureichen. Auf Grund der eingehenden Meldungen vermittelt den Wohnungsnachweis die Vermietung von Wohnungen, Geschäftsräumen, einzelnen Zimmern sowie Schlafstellen; die Vermietung ist sowohl für den Vermieter wie für den Mieter vollständig kostenlos. Im Interesse einer möglichst restlosen Erfassung aller verfügbaren

---

Nachdruck verboten.

Da oben in Pommern

4] Roman von Horst Bodemer

„Na also! Und nun erst mal ordentlich gestärkt, denn wenn der Magen nicht hat, was er braucht, funktioniert, wenigstens bei mir, das Spirituslicht in meinem Schädel nicht ordentlich!"

Da aß und trank er für drei!

„Alex, sitze nicht da, als sei dir der Sauerampfer verdogelt! Freu dich deines Lebens! Und lang' zu! Sonst ist die Gänsebrust alle und der vorzügliche Selleriesalat! — Prost, mein Jungchen, es lebe, was Unterröcke trägt und dabei Temperament hat!"

Und dann lehnte sich Benno Mellenow in seinen Sessel zurück, zog seine Zigarrentasche heraus und fuhr fort:

„Deine Stänker taugen ja doch nichts! Hier, lang zu! So — o und nun wollen wir „den Fall" mal intensiv bereiten! — Gesessen hat doch hoffentlich der Monsieur in Pissen noch nicht?"

Alex Breitfeldt mußte lachen.

„Nein!"

„Also das ist die Hauptsache! Aeußerlich darf man keinen Flecken auf der weißen Weste haben! — Im übrigen, Alex, ist jedwede Splitterrichterei in unseren Zeiten eine grandiose Dummheit! Meistens ist bei jedem Geschäft einer der Reingefallene, und ich bin bis heute immer der Ansicht gewesen, daß es schon besser ist, ich bin derjenige, welcher! Jede gute Hosenträgerstrippe muß sich ziehen lassen, kracht sie, dann taugt sie eben nichts!" — Und daß einer nicht Millionär wird, ohne die Ellenbogen ganz gehörig zu gebrauchen, weiß jeder Quartaner! Auf vorliegenden Fall übertragen: Hätte Herr Meisenbach nicht Klissen eingesteckt, hätt's ein anderer getan und was hätte Herr Meisenbach davon gehabt? Das Nachsehen, weiter absolut nichts! Freilich, beschnuppern möchte ich den Gentleman erst, denn du, Alex, bist mir doch ein zu harmloses Gemüt! Kannst nichts dafür, also leg deine Denkerstirne nicht so in Falten, aber muß eben so verbraucht werden, wie er nun einmal ist! Bist nach deinem Vater geschlagen, der auch so eine weiche Natur war und deshalb nicht vorwärts kam! Wenn deine gute Mutter nicht gewesen wäre, stähest du wahrscheinlich nicht alle Tage auf Kartoffelsuppe! Und daß deine Schwester nicht nach deinem Vater geraten, dafür bin ich dem Schicksal aufrichtig dankbar. Also kurz und bündig: du mußt eine Frau haben, die die Hosen an hat! Ob sie blaublütig ist, kommt unter sotanen Umständen erst in zweiter Linie! — So, das wollte ich dir fürs erste sagen, denn dich durchschau ich, brauchst gar nicht erst große Redereien zu machen! Hoffen will ich nur, die hübsche Marjell knallt morgen Enten am Niedersee! — Und nun führe mich durch die Ställe, ich bin noch ganz steif von dem Geritttiel auf der Eisenbahn!"

Alex Breitfeldt erhob sich sofort und Dickerchen kargte nicht mit seinem guten Rat. Dann machten sie noch einen Gang durch die Felder, die dicht am Herrenhause lagen, und als sie zurückkehrten, war es Abendbrotzeit geworden.

Und als man das eingenommen, sagte Benno Mellenow:

„Du, da habe ich noch was vergessen, was ich dir gleich versetzen wollte, ich habe ja selbst meinen Augen nicht getraut, rate mal, wen ich auf dem Bublitzer Bahnhof stehen sah!"

Das interessierte Alex nicht weiter, er zuckte die Achseln und sagte gleichgültig:

„Wie soll ich das wissen!"

„Den Kraft!"

„Unsinn! Der sitzt seit sechs Jahren in Deutschsüdwestafrika!"

„Das Gesicht vergißt man nicht, ich kann mich gar nicht irren! Na, ja, nun ist ja auch über die Berliner Geschichte Gras gewachsen! Nebenbei, ich wär nicht ausgerissen wie Schafleder!"

„Ist er auch nicht, — war europamüde, suchte Aufregungen, das ist alles!"

„Hat er dir harmloses Gemüt natürlich eingeredet!"

Alex Breitfeldt wurde ärgerlich.

„Und wenn er's schon getan hat! — Ich müßt's wissen, wenn er zurückgekehrt wäre, denn gestern habe ich noch seinen Administrator gesprochen, der hätt' es mir gesagt!"

„Kraft will ihn eben überfallen, der tut doch alles anders, wie's sonst üblich ist, — wenigstens in Europa!"

„Na, dann kann ich's auch nicht ändern! Uebrigens, daß er sich ausgerechnet in Bublitz auf den Bahnhof stellen soll, vermag ich nicht zu fassen. Von da hat er gut drei Meilen nach Hause!"

„Was für den Grafen Sigismund Kraft schon drei Meilen sind, und in dem Auge, mit dem ich fuhr, ist er auch nicht gekommen, wenn er nicht gerade im Hundecoupé gesessen hat! Wir werden ja hören, ob er dem Ort, da seine Wiege stand, einen Besuch abgestattet hat, oder sich nur überzeugen wollte, ob die Bublitzer Kirchenglocken immer noch so infam hell bimmeln wie dunnemals, mir wenigstens fallen sie immer auf die Nerven, die ich doch eigentlich gar nicht habe!"

Zweites Kapitel.

Fräulein Meisenbach hatte für den Gruß der beiden Herren mit einem leichten Neigen ihres schmalen Kopfes gedankt und dann gleich wieder ihr Augenmerk auf die beiden Rappen konzentriert. Die Traber waren warm geworden, hatten sich gegen das Gebiß gelegt, der Schaum flakte über das glänzende schwarze Fell, auf dem sich das reich mit Silber plattierte Geschirr vorzüglich ausnahm. Die langen Mähnen flatterten, die Köpfe hoben und senkten sich, immer wieder mußte Fräulein Dorothee Meisenbach die Zügel anstraffen, denn die Blutpferde warteten nur auf den Augenblick, an dem sie den Kopf freier heben würden, um regelrecht durchzugehen.

Die Straße senkte sich stark, der Kutscher, der hinten mit gekreuzten Armen wie eine Bildsäule gesessen, zog die Bremse an, warf einen Blick auf die Pferde und wurde ärgerlich. Eine Albernheit war's, hier die Traber nicht Schritt gehen zu lassen! Vielleicht hatte seine junge Herrin die Gewalt über die Tiere verloren und wollte es sich nur nicht merken lassen, daß ihre Kräfte versagten, die Vollblüter in Schritt zu zwingen. . . .

„Erlauben, gnädiges Fräulein?" . . .

Der Kutscher beugte sich vor und tat, als wolle er nach den Zügeln fassen.

„Ja, Wilhelm, nehmen Sie sie, mir sind die Arme ganz steif von dem strammen Halten geworden, womöglich zittert nachher meine Hand und ich hole keine Enten runter!"

Zehn Meter weiter und die Pferde gingen Schritt.

Dorothee Meisenbach streichelte den langhaarigen, braunen Jagdhund, der auf ihren Füßen lag. Unterdessen bog der Kutscher auf einen ausgefahrenen Holzweg ein. Wald schimmerte durch das grüne Laub der Spiegel des Niedersees. Der leichte, gelbe Jagdwagen stand still, die Rappen schüttelten sich und bliesen die Nüstern auf. Fräulein Meisenbach drehte sich langsam um.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191805311-18/fragment/page=0003

Räume ist es dringend notwendig, daß alle zur Verfügung stehenden Wohngelegenheiten gemeldet und die Meldungen so schnell als möglich und möglichst vollständig erstattet werden. Die Vorschriften über die An- und Abmeldung müssen daher streng beachtet werden. Zuwiderhandlungen hiergegen werden nach § 6 der Kollzehverordnung bestraft. Bei der bestehenden großen Wohnungsknappheit ist die gewissenhafte Beobachtung der Meldevorschriften im allgemeinen Interesse dringend geboten.

Halle, den 29. Mai 1918.

Der Magistrat. Städtisches Wohnungsamt.

Abänderung der Gebührenordnung für Hebammen

Die Gebührenordnung für die Hebammen des Regierungsbezirks Merseburg vom 25. September 1918 (Amtsblatt 1908 S. 299) wird bis auf weiteres wie folgt abgeändert. Es hat zu lauten:

§ 4 Ziffer 1: Für den Beistand bei einer regelmäßigen Geburt für die Dauer bis zu 12 Stunden 8—16 M., für jede folgende Stunde 0,50—1,— M.

§ 4 Ziffer 2: Für den Beistand bei einer Zwillingsgeburt, einer regelwidrigen Geburt, einer mit Blutungen und deren Folgen oder mit Eclampsie mit Lösung der Nachgeburt oder mit sofortiger Wiederbelebung des Kindes verbundener Geburt erhöht sich der Anfangssatz zu 1 auf 10,— bis 22,50 M.

§ 4 Ziffer 4: Für den Beistand bei einer Fehl- oder unzeitigen Geburt oder bei der Abnahme einer Mole für die Dauer bis zu 6 Stunden: 4 bis 9 M. Für jede folgende Stunde: 0,50 bis 1,— M.

§ 4 Ziffer 5: Für jeden vorgeschriebenen Wochenbesuch einschließlich der dabei erfolgenden Untersuchungen und Verrichtungen, wie Ausspülungen, Kistreriesen, Kathetrisieren, Baden und Wickeln des Kindes, für jede angefangene Stunde bei Tage: 1,— bis 2,25 M., bei Nacht das Doppelte. Die übrigen Bestimmungen der Gebührenordnung bleiben unverändert.

Diese Bestimmung tritt mit dem 1. Juni 1918 in Kraft.

Merseburg, den 18. Mai 1918.

Der Regierungs-Präsident.

— **Militärisches.** Befördert wurden: zum Hauptmann, Rittmeister usw.: Oberleutnant d. Res. Lippold des Inf.-Regts. Nr. 71 (Erfurt), zum Hauptmann; Graf v. Hade, Hauptmann a. D. (Dessau), zuletzt à la suite des Feldart.-Regts. Nr. 19, der Charakter als Major verliehen; Oberleutnant d. Res. Wagner, des Feldart.-Regts. Nr. 4 (Halberstadt), zum Hauptmann; Oberleutnant des Landwehr-Trains 1. Aufg. Hachenberger (Halle a. S.), zum Rittmeister. — Zu Oberleutnants: Leutnant der Reserve Burchardt (Peter), des Inf.-Regts. Nr. 165 (Halberstadt), Leutnant d. Res. Kiessen, der Train-Abt. Nr. 9 (Stendal); Leutnant d. Landw. 1. Aufg. der Delegr.-Truppe Gräbner (Eisleben), der Abschied bewilligt sowie Uebertritts in K. S. Milit. Dienste, Leutnant d. Res. Flesche, des 2. Garde-Regts. z. F. (Altenburg); Leutn. d. Res. Grenzau, des Inf.-Regts. Nr. 66 (Neuhaldensleben). — Zu Leutnants d. Res.: Vizefeldwebel Kühne (Eisleben), der Feldart.; Vizefeldwebel Birklein (Weimar), der Inf.; Fähnriche Bünger, Kanzler und Ehle im Inf.-Regt. Nr. 96, vorläufig ohne Patent; die Unteroffiziere Fischer, Schmitz im Inf.-Regt. Nr. 72, ebenso Sommerlad, Feser, Aßmann und Voeste im Inf.-Regt. Nr. 93, zu Fähnrichen, Vizefeldwebel Köhler (Altenburg), im Inf.-Regt. Nr. 168, dieses Regiments; Dietrich (Dessau), im Inf.-Regt. Nr. 93, der Landw.-Inf. 1. Aufg.; Offizier-Stellvertreter Plötner, im Inf.-Regt. Nr. 96, zum Feldwebel-Leutnant; Vizewachtmeister Lindig (Erfurt), im Feldart.-Regt. Nr. 19, dieses Regiments; Vizefeldwebel Rietzert (Halberstadt), der Infanterie; Kempen (Halle a. S.), im Füs.-Regt. Nr. 39, dieses Regiments; Vizefeldwebel Bochers (Magdeburg), der Landw.-Fuhart. 1. Aufg.; Vizefeldwebel Pook (Halle a. S.) und Kirchte (Magdeburg), der Infanterie; Kamieth (ebenda), der Pioniere; Vizewachtmeister Thiel (Gotha), im Feldart.-Regt. Nr. 79, dieses Regiments; Vizefeldwebel Kürsten (Erfurt) und Becker (Magdeburg), der Infanterie; Vizewachtmeister Adami (Weimar), der Fußartillerie; Feldwebel-Leutnant Hahndorf (Weimar, der Landw.-Inf. 2. Aufg. — Proviantamts-Unterinspektor Schütz in Wittenberg, als Proviantamts-Inspektor (des Friedensstandes) angestellt.

— **Allgemeine Ortskrankenkasse zu Halle a. S.** Die am Mittwoch abend in der Kaiser Wilhelmshalle abgehaltene Ausschußsitzung war von 18 Arbeitgebern, 45 Arbeitnehmern und 13 Vorstandsmitgliedern besucht. Der Vorsitzende, Direktor Buchmann, gab einen kurzen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr, das bekanntlich mit einem Fehlbetrag von 12 372 Mark abschließt, nachdem die gesetzliche Rücklage aus den in den Vorjahren erzielten Vorschüssen erfolgt ist. Auch im laufenden Geschäftsjahr sind die Ausgaben für Krankengeld usw. bedeutend höher als die Einnahmen. Direktor Gittermann gab den Bericht des Prüfungsausschusses und beantragte Entlastung des Vorstandes, was geschieht. Der Vorsitzende widmete den gefallenen Angestellten der Kasse einen ehrenden Nachruf und deutete weiter mit, daß der Vorstand eine Fürsorgeschwester für die Kasse angestellt habe, die ihre Tätigkeit bereits am 1. Mai aufgenommen hat. Zu ihren Obliegenheiten gehört zunächst die Kontrolle über die weiblichen erkrankten Mitglieder. Die Waiderholungsstätte in der Heide kann auch in diesem Jahre infolge der unzureichenden Nahrungsmittelversorgung bedauerlicherweise nicht in Betrieb genommen werden. — Den Beamten und Angestellten der Kasse ist wiederum eine angemessene Teuerungszulage bewilligt worden. — Einige Satzungsänderungen wurden beschlossen, nach den u. a. die Kasse in Zukunft für Heilmittel einen Zuschuß von 50 M. anstatt 30 M. leistet, ferner wird Kassenmitgliedern, die nach § 11 der Satzungen in der Kasse freiwillig bleiben, wenn sie sich nicht im Bezirk des für die Kasse zuständigen Versicherungsamtes aufhalten, statt der Krankenpflege das halbe Krankengeld, in Fällen der Arbeitsunfähigkeit außerdem noch das Krankengeld gewährt. Dies gilt nicht für Mitglieder, an deren Wohn- oder Aufenthaltsort die Kasse Aerzte angestellt hat, wenn diese in Anspruch genommen werden. Ein weiterer Antrag des Vorstandes, der die Krankenhausbehandlung für Kinder von versicherten Mitgliedern betrag, ging dahin, das Alter der zu unterstützenden Kinder auf 16 Jahre festzusetzen, da die bisherigen Satzungen eine solche Begrenzung nicht aufweisen, so hat neuerdings das Versicherungsamt in Halle und das Oberversicherungsamt in Merseburg in einem Klagefalle entschieden, daß die Kasse auch für über 16 Jahre alte Kinder der Versicherten die Kosten der Krankenhausbehandlung zu tragen habe. — Nach eingehender Aussprache wurde der Vorstand beauftragt, eine neue Vorlage über die gesamte Familienfürsorge der Kasse der nächsten Ausschußsitzung vorzulegen. — Aus der Versammlung heraus wurde noch Klage geführt, daß eine große Zahl von Arbeitgebern die Nummelung ihrer Arbeiter in die höhere Lohnklasse unterlassen, wodurch Ungerechtigkeiten bei eintretender Arbeitsunfähigkeit der Arbeiter mit der Kasse entstehen. Es wurde vorgeschlagen, einen Revisionsbeamten anzustellen, der die Lohnnachweisungen der einzelnen Betriebe nachprüfen solle, wie es mit gutem Erfolge in den Krankenkassen in Leipzig, Strehburg usw. schon geschieht. Der Ausschuß sah von der Anstellung eines Revisionsbeamten ab, beauftragte aber den Vorstand mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die ordnungsmäßige Anmeldung der Versicherten durch die Arbeitgeber zu erwirken.

— **Nachprüfung der Glocken und Orgelpfeifen.** Zur Sicherung der Schlagfertigkeit des Heeres und der Flotte ist eine Nachprüfung der Glocken, Orgelpfeifen (Aluminium und C zugeteilten Bronzeglocken angeordnet worden. Eine allgemeine Preisgabe der Gruppe B wird nur dann hinausgeschoben werden können, wenn durch die Nachprüfung wieder eine beträchtliche Menge von Glockenmetall der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt wird. Es darf angenommen werden, daß dies vielfach ohne erhebliche Einbuße an geschichtlich und künstlerisch bedeutenden Werten möglich sein wird. Die erneute Begutachtung wird freiwillige bei den Provinzialkonservatoren erfolgen, dem als Musikfachverständiger Univ.-Prof. Dr. Aberl-Halle zur Seite gestellt ist. Von den Richtlinien für die Begutachtung der Bronzeglocken sei nur darauf hingewiesen, daß bei annähernd gleichwertigen Glocken die musikalisch minderguten und die schwereren zunächst anzufordern sind; auch befreit die Tatsache, daß Geschützmetall unmittelbar nach 1870/71 zum Guß zur Verfügung gestellt wurde, nicht von der Ablieferung. Ebenso werden die beiden Sachverständigen eine Nachprüfung der bisher auf Grund geschichtlicher oder künstlerischer Werkes freigelassenen Prospektpfeifen von Orgeln zur Beschaffung von Zinnreserven für die Heeresverwaltung vornehmen. Die Gemeindekirchenräte der Provinz haben laut Verfügung des Königl. Konsistoriums in Magdeburg die Nachprüfungen, die bis zum 1. August d. Js. beendet sein müssen, in jeder Beziehung zu erleichtern.

— **Kriegsbeihilfen für Offiziere und Militärrentenempfänger.** In weiten Kreisen der pensionierten Offiziere und der Militärrentenempfänger und ihrer Hinterbliebenen besteht immer noch die Auffassung, daß sie keine Kriegsbeihilfen bekommen können. Diese Auffassung ist irrig. Schon durch Erlaß vom 14. Dezember 1917 hat das Kriegsministerium angeordnet, daß auch den oben erwähnten Personen im Bedürftigkeitsfalle Kriegsbeihilfen, auf die ein Rechtsanspruch nicht besteht, auf Antrag bewilligt werden können. Die Anträge sind von pensionierten Offizieren und ihren Hinterbliebenen an das Kriegsministerium — Versorgungsabteilung für Hinterbliebene —, von Militärrentenempfängern und ihren Hinterbliebenen an das örtlich zuständige stellvertretende Generalkommando zu richten. Im übrigen kommen ebenso wie für die Zivilbeamten im Ruhestande und ihre Hinterbliebenen auch für die pensionierten Beamten der Heeresverwaltung und ihre Hinterbliebenen, mit Wirkung vom 1. April 1918 ab, erhöhte Sätze von laufenden Kriegsbeihilfen in Frage. In gleicher Weise können die den pensionierten Offizieren und den Militärrentenempfängern und ihren Hinterbliebenen zu gewährenden laufenden Kriegsbeihilfen vom 1. April 1918 ab eine Erhöhung erfahren. Personen, die einen Antrag auf Bewilligung von Kriegsbeihilfen bereits vorgelegt haben (gleichgültig, ob sie solche Beihilfen bereits beziehen oder noch nicht, oder ob sie einen ablehnenden Bescheid erhalten haben), brauchen einen neuen Antrag oder irgend welche Anfragen in dieser Angelegenheit nicht zu stellen, da sämtliche bisher eingegangene Anträge durch die zuständigen Behörden von Amts wegem ihre Erledigung finden oder einer Nachprüfung unterzogen werden. Bei der so großen Anzahl der hierbei in Betracht kommenden Anträge kann natürlich mit einer sofortigen Festsetzung oder Neufestsetzung und Auszahlung der Kriegsbeihilfen nicht gerechnet werden. Letztere werden aber so schnell wie irgend möglich zur Anweisung und Auszahlung gelangen.

— **Die Stadt Halle in den Verlustlisten.** Preußische Verlustliste Nr. 1135: San.-Serg. Heinrich Arft, 23. 10., l. verw.; Gefr. Hermann Arnicke, 10. 6., Cröllwitz, bish. verm. gem., gefallen; Sanu.-Unteroff. Willi Brandt, 29. 11., l. verw.; Franz Franke, 11. 2., l. verw.; Emil Hartung, 21. 5., l. verw.; Ltn. d. R. Walter Keil, 10. 12., l. verw.; Franz Kirchhoff II, 22. 5., Trotha, l. verw.; Paul Kirchhoff I, 22. 10., schwer verw.; Oberlt. Fritz Knauth, 25. 12., l. verw. b. d. Tr.; Franz Kneschke, 11. 1., gefallen; Walter Möbius, 25. 10., l. verw.; Paul Pohl, 8. 12., l. verw.; Erich Reinicke, 17. 12., verm.; Gefr. Otto Schröder, 12. 5., gefallen; Karl Strauß, 18. 5., l. verw.; Paul Voigt I, 16. 7., l. verletzt. — Preußische Verlustliste Nr. 1139: Willi Achterberg, 20. 2., l. verw. g. Tr. zur.; Franz Beßler, 25. 6., l. verw.; Krankfr.-Gefr. Willy Dunker, 22. 10., l. verw.; Gefr. Hermann Felske, 1. 6., verw.; Unteroffizier Werner Gebensleben, 15. 6., verm.; Wilhelm Hofmann, 9. 8., l. verw. b. d. Tr.; Gefr. Willy Hagelganz, 31. 1., l. verw.; Kurt Hanze, 13. 10., l. verw.; Serg. Paul Kauffmann, 14. 5., verm.; Paul Krämer, 13. 10., l. verw.; Fritz Klinkert, 25. 10., schwer verw.; Hermann Kühr, 30. 5., gest. inf. Krankh.; Johannes Lindemann, 25. 4., verm.; Gefr. Ernst Lohmann, 11. 7., verm.; Gefr. Hermann Schachtel, 11. 11., schwer verw.; Arno Scheidewitz, 11. 11., l. verw.; Gefr. Richard Schmidt, 16. 1., Giebichenstein, l. verw. g. Tr. zur.; Gefr. Richard Thiem, 4. 11., verm.; Gefr. Walter Wolff, 18. 5., verm. — Preußische Verlustliste Nr. 1140: Reinhard Bamme, 18. 10., gefallen; Wilhelm Bolte, 2. 10., l. verw.; Gefr. Friedrich Heinicke, 11. 10., Cröllwitz, l. verw.; Ltn. u. Abj. Otto Schmidt, 23. 5., l. verw.; Franz Stange, 26. 4., gefallen. — Preußische Verlustliste Nr. 1141: Alfred Trob, 14. 2., gefallen 1. 11. 14; Ltn. Hans Grunert, 14. 9., l. verw. b. d. Tr.; Erich Wagner, 29. 1., l. verw.; Unteroff. Paul Walter, 6. 7., l. verw. — Sächsische Verlustliste Nr. 508: Paul Richter IV, 9. 5., Cröllwitz, verw.; Kurt Seyfert III, 15. 2., l. verw.; Gefr. Ludwig Sagangan, 4. 8., gefallen; Fritz Vopel, 11. 1., l. verw. b. d. Tr. — Preußische Verlustliste Nr. 1142: Gefr. Hans Anton, 28. 1., l. verw.; Wilhelm Bobbenkamp, 1. 11., gefallen; Günther Böning, 14. 7., schwer verw.; Oskar Burkhardt, 27. 1., l. verw.; Paul Enders, 20. 12., l. verw.; Serg. Paul Falk, 24. 1., schwer verw.; Bernhard Freitag, 17. 11., schwer verw.; Fritz Herling, 31. 7., gest. an s. Wunden; Kurt Hugo, 27. 2., Giebichenstein, gest. an s. Wunden; Ltn. d. R. Franz Junker, 29. 4., abermals und zwar l. verw.; Paul Lippold, 25. 10., l. verw.; Erich Merten, 17. 8., l. verw.; Unteroff. Alfred Mühlhahn, 21. 10., schwer verw.; Rudolf Podolski, 18. 4., gest. inf. Krankh.; Richard Reuscher, 10. 1., schwer verw.; Gefr. Rudolf Rißmann, 20. 3., l. verw.; Vizefeldw. Walter Tausch, 12. 10., gest. an s. Wunden; Ltn. d. R. Richard Weiß, 15. 7., gefallen. — Kaiserliche Marine Verlustliste Nr. 146: Seef. d. Ldst. Arthur Herbst, verm.; Masch.-Mat. Max Laue, verm.; Gefr. Robert Sondershausen, l. verw. — Preußische Verlustliste Nr. 1143: Unteroff. Otto Agte, 30. 12., schwer verw.; Ltn. d. R. Kurt Asleben, 13. 2., schwer verw.; Unteroff. Otto Baumgärtner, 28. 1., gefallen; Gefr. Karl Habas, 13. 1., schwer verw.; Gefr. Kurt Hofermeis, 21. 1., schwer verw.; Karl Hinze, 20. 11., gest. an s. Wunden; Wilhelm Hoffmann, 5. 7., Giebichenstein, l. verw.; Otto Hoffmann, 10. 8., l. verw. b. d. Tr.; Gefr. Alfred Jentsch, 4. 12., gefallen; Ernst Kremer, 26. 10., gefallen; Karl Linke, 14. 7., l. verw.; Unteroff. Max Pier, 4. 8., l. verw.; Erwin Ritter, 26. 9., bish. verm., l. verw.; Walter Ving, 6. 4., Trotha, schwer verw.; Unteroff. Artur Wiegand, 8. 7., l. verw.

Provinz Sachsen und Umgebung

r. **Querfurt,** 29. Mai. (Kirschenverpachtung. — Trichinenviehstahl.) Die Verpachtung des diesjährigen Kirschenanhanges in den hiesigen städtischen Plantagen ergab die hohe Summe von 67 630 Mark gegen 16 251 Mark im Vorjahre. 342 Bäume des Anhanges sind zum Preise von 20 M. für den Zentner an die Stadt abzugeben. In den Gemeinden unserer Umgegend wurden ebenfalls überall außerordentlich hohe Preise bei Kirschenverpachtungen erzielt. — Der Gewerkschaft „Leonhardt" in Neumark ist ein 20 Zentimeter breiter, 6—7 Millimeter starker und 11 Meter langer lebender Trichinenschlauch gestohlen worden. Die Gewerkschaft sichert dem, der Angaben macht, die zur Ergreifung des Täters führen, eine Belohnung von 200 M. zu.

ei. **Bapitz,** 29. Mai. (Auszeichnung.) Dem Musketier Otto Dähne ist das Eiserne Kreuz verliehen worden.

ei. **Großkugel,** 29. Mai. (Auszeichnung.) Der Schütze G. Giebler von hier wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.

ei. **Eisleben,** 29. Mai. (Auszeichnung.) Dem Gefreiten Richard Rotte, Inhaber des Eisernen Kreuzes, wurde die Altenburgische Tapferkeitsmedaille verliehen.

ei. **Horburg,** 29. Mai. (Ein schrecklicher Unfall) ereignete sich am Sonntag, den 26. Mai, im hiesigen Orte. Die Frau und der 12jährige Sohn des im Felde stehenden Müllers Schulz fanden in der Luppe ihren Tod. Wie das Unglück ereignet hat, darüber liegen nur Vermutungen vor. Ein vor wenigen Tagen gelaufter Ziegenbock ist in die Luppe gestürzt und hat von dem Sohn geretet werden sollen. Dabei ist der Knabe im Wasser verunfallen, die Mutter ist dem Kinde zur Hilfe geeilt und hat ebenfalls ihr Leben eingebüßt. Hilfsversuche hatten zwar den zunächst wohnenden Nachbarn herbeigeführt, doch waren die beiden Ertrunkenen nicht mehr sichtbar, und die Leichen konnten leider erst nach längerem Suchen geborgen werden. Allgemein ist hierorts das Mitleid mit dem im Felde stehenden Vater und Gatten und die Trauer über den tragischen Tod der so stillen, ehrenwerten Gattin und Mutter sowie ihres Kindes.

Die Leistungen der deutschen Eisenbahnen

Ein ehrendes Zeugnis für die großartigen Leistungen der deutschen Eisenbahnverwaltungen ist durch Heindesmund in der französischen Kammer abgelegt worden. Bei den dortigen Verhandlungen über eine Erhöhung der Eisenbahntarife wurde darauf hingewiesen, daß die Privatbahngesellschaften, denen ein wesentlicher Teil der französischen Eisenbahnen gehört, im Kriege die Kosten für Neubeschaffungen gescheut hätten, bis der Staat zwei Fünftel der Kosten übernahm. Zu einer Zeit, wo man 90 000 Wagen benötigt, habe man deren glücklich 30 000 nach und nach beschafft. „Wir werden später einmal berechnen, wieviel die Transportkrisis, der von den Bahngesellschaften verschuldete, systematische Ruin des Kanalverkehrs und die Nichtersetzung des Wagenparks Frankreich gekostet haben", äußerte der Abgeordnete Bedouce. Man vergleiche damit, in welch großzügiger Weise die preußisch-hessische Staatseisenbahnverwaltung gerade während des Krieges unausgesetzt besorgt gewesen ist, den Lokomotiv- und Wagenpark nicht nur auf der Höhe zu halten, sondern den großen Anforderungen des Kriegsverkehrs entsprechend noch zu steigern, und mit welchen außerordentlichen Leistungen die deutschen Lokomotiv- und Wagenbaufabriken diesen großen Ansprüchen gerecht geworden sind. Die Verhandlungen der französischen Kammer gestalteten sich wider Willen zu einem Lobliede des Staatsbahnbetriebes in Deutschland, wo solche verfahrenen Zustände, wie sie bei den französischen Bahngesellschaften herrschten, ganz unmöglich seien. „Was eine Staatsverwaltung aus der Beherrschung der Bahnen machen kann", meinte Bedouce, „das zeigt das Beispiel Deutschlands, das sie mit den Wasserwegen als Mittel zu einer ungeheuren Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft benutzt hat .... Nach Kriegsende werden wir einem Deutschland gegenübersehen, das seine Handelsflotte und seine Wasserwege in vollem Betriebe hat, das unbeschränkter Herr seiner Bahnen ist, deren Tarife es nach den Bedürfnissen seiner wirtschaftlichen Entwicklung festsetzen wird. ... Bei uns aber bleiben die einzelnen Bahnhöfe von einander abgesperrt, als ob sie Landesgrenzen trennten!"

Börsen- und Handelsteil

Börsenstimmungsbild

Berlin, 30. Mai. Auf die großen Erfolge auf dem westlichen Kriegsschauplatz hin verlebte die Börse namentlich die sogenannten Friedenswerte in fester Haltung. Die Konjunktur von Kohlen- und Eisenwerten hielt an. Hierauf gingen besonders Harpener, Deutsch Luxemburger, Phönix und Oberschlesische Eisenindustrie Nutzen. Sehr lebhaft gestaltete sich bei beträchtlich steigenden Kursen der Verkehr in Schiffahrts-Aktien. Auf dem Gebiete der Rüstungswerte stellten sich besonders Bergwerke Köln-Rottweiler und Rheinmetall unter Gewinnmitnahmen niedriger. Daimler gaben auf den Abschluß nicht unerheblich nach. Für russische Banken zeigte sich bei gebesserten Kursen Interesse. Der Anleihemarkt erfuhr keine wesentliche Aenderung.

Produktenbericht

Berlin, 30. Mai. Trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit zeigt sich im hiesigen Verkehr mit Landesprodukten noch reichlich Nachfrage für Arbeuerträge, besonders für Gerste und Winterroggen. Gemüsepflanzen sind stark begehrt und werden in großen Posten gekauft. Von Sämereien erfreut sich die Nachfrage besonders wiederum auf Zwischenfrucht und Gründüngungs-Saaten, von denen namentlich Serradelle und Spörgel gesucht und zum Teil angeboten sind. Im Verkehr mit Stroh, Heu und Häcksel hat sich nichts geändert. Die Ware bleibt für den freien Verkehr knapp, der indessen in Heidekraut und Grünfutter reichlich Ersatz finden. Weiter schön.

* **Sudenburger Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G., Magdeburg.** Nach dem Bericht der Direktion hat das Geschäftsjahr 1917 die Erwartungen auf einen befriedigenden Abschluß erfüllt. Während des ganzen Jahres sind Bestellungen und Lieferungen in den Spezialgebieten ziemlich gleichmäßig eingegangen und haben eine dauernd gute Beschäftigung gewährt. Die im Spätherbst 1916 unerwartet einsetzende sprunghafte Erhöhung der Materialpreise und der Löhne ließ die Lage ein Zeitlang unbequem erscheinen, da bei den Kalkulationen bereits hereingenommener Aufträge mit einer derartigen Steigerung nicht gerechnet werden konnte und die Besteller eine nachträgliche Erhöhung der Verkaufspreise grundsätzlich ablehnten. Das Ergebnis ist dadurch stark beeinflußt worden und entspricht nicht dem bedeutend gesteigerten Umsatz. Der Ueberschuß einschließlich 29 968 Mk. Vortrag aus 1916 beträgt 478 726 Mk. (474 556 Mk.). Dagegen erforderten Abschreibungen 118 868 Mark (76 838 Mk.). Mithin bleibt ein Reingewinn von 364 761 Mk. (300 289 Mk.). Die Abschreibungen mußten wegen der außerordentlich gesteigerten Abnutzung aller Werkzeugmaschinen, Werkzeuge und Utensilien angemessen erhöht werden. Ferner mußten auf Gebäudekonto die auf Bodenkonto stehenden Gebäude der Kesselschmiede in verstärktem Maße abgeschrieben werden, weil sie laut Vertrag im nächsten Jahre kostenfrei in den Besitz des Landverpächters übergehen. Der Reingewinn soll wie folgt verwendet werden: Für neu zu gebende Rücklage II 18 261 Mk. (15 100 Mk. Reservefonds), Zinsscheinbogensteuerrücklage 1500 Mk. (—), für Kriegsfürsorgerücklage 133 000 Mk. (100 000 Mk.). 12 Proz. Dividende auf das erhöhte Aktienkapital = 180 000 Mk. (Nachzahlung auf frühere Geschäftsjahre = 154 700 Mk.), Gewinnanteil des Aufsichtsrates 10 620 Mk. (6600 Mk.), Vortrag auf neue Rechnung 21 680 Mk. Nach der Bilanz betragen Vorräte an Materialien, Maschinen und Werkzeugen 612 388 Mk. (307 906 Mk.), Debitoren 2 139 053 Mk. (4,13 Mill. Mark i. V.), Kreditoren 2 177 589 Mk. (3,99 Mill. Mark i. V.). Das im Jahre 1916 käuflich erworbene Werk in Hainholz arbeitet seit 2. Januar 1918 für Rechnung der Gesellschaft. Ueber den voraussichtlichen Verlauf des Geschäftsjahres 1918 läßt sich wegen der Zeitverhältnisse etwas bestimmtes zwar nicht sagen, doch hofft die Direktion einen wieder befriedigenden Abschluß für wahrscheinlich.

Verantwortlich:

für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Wirtschaft und Handelsteil i. V.: Dr. Hans Simon; für Oertliches und das übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Hubert Wagner, sämtlich in Halle-Saale.

Bei unverlangten Einsendungen übernimmt die Schriftleitung keinerlei Gewähr für Aufbewahrung oder Rücksendung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:3:1-171133730-16872166X191805311-18/fragment/page=0004